



Jacques Semelin

# Ohne Waffen

Eine Studie gegen Hitler

zum zivilen Widerstand  
in Europa

Wallstein

Jacques Semelin  
Ohne Waffen gegen Hitler



Jacques Semelin

# Ohne Waffen gegen Hitler

Eine Studie zum zivilen Widerstand  
in Europa

Aus dem Französischen übersetzt  
von Ralf Vandamme



WALLSTEIN VERLAG

**Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titel der Originalausgabe: Sans armes faces à Hitler.

La résistance civile en Europe 1939-1943, © Éditions Payot, Paris, 1989.

© dieser Ausgabe Editions Les Arènes, Paris, 2013.

© der deutschen Ausgabe: Wallstein Verlag, Göttingen 2021  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf, © SG Image, unter Verwendung einer Fotografie »Verweigerung des Hitlergrußes, 1936,

© Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl.

ISBN (Print) 978-3-8353-3908-8

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4636-9

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
Danksagung . . . . .	12
Einleitung: Ein neues Verständnis von »Widerstand« . . . . .	13
1. Kapitel: Die Grundzüge der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa . . . . .	17
Die außenpolitischen Interessen Nazi-Deutschlands . . . . .	18
Die wichtigsten Herrschaftsformen . . . . .	22
Die politischen Formen der Zusammenarbeit . . . . .	27
Mechanismus der staatlichen Zusammenarbeit: ein Vergleich zwischen Dänemark und Frankreich . . . . .	31
2. Kapitel: Welcher Widerstand? Versuch einer Typologie . . . . .	41
Welche »Geschichte« des »Widerstands«? . . . . .	43
Ziviler Widerstand: eine Form des Widerstands gegen den Nationalsozialismus . . . . .	47
3. Kapitel: Das Geheimnis der Verweigerung der Zusammenarbeit . . . . .	53
Die Komplexität der Verhaltensweisen gegenüber dem Besatzer . . . . .	55
Die zunehmende Radikalisierung der Beziehung Besatzer-Besetzte . . . . .	61
4. Kapitel: Das Problem der Legitimität . . . . .	71
Die Standhaftigkeit des norwegischen Staates . . . . .	75
Die Veräußerung des französischen Staates . . . . .	81
Die Widersprüche des niederländischen Staates . . . . .	86
Die zwei politischen Logiken des Widerstands . . . . .	90

## INHALT

5. Kapitel: Die Quellen des sozialen Zusammenhalts . . . . .	93
Innere Faktoren . . . . .	96
Äußere Faktoren . . . . .	114
Das Gesetz der »Reaktivität« . . . . .	125
6. Kapitel: Die Rolle der öffentlichen Meinung . . . . .	129
Von der öffentlichen Meinung zum Widerstand . . . . .	131
Die öffentliche Artikulation von Widerstandsbereitschaft . . . . .	137
Die politischen »Schutzwälle« der Gesellschaft . . . . .	152
Die Theorie der drei »Kreise« . . . . .	155
7. Kapitel: Der zivile Widerstand und die Repression . . . . .	159
Die provozierte Repression . . . . .	160
Die eingedämmte Repression . . . . .	168
Weitere Faktoren der Verwundbarkeit . . . . .	176
8. Kapitel: Der zivile Widerstand und der Genozid . . . . .	183
Die Strategie, Opfer zu schaffen . . . . .	185
Der Staat als Schutzschild . . . . .	194
Die öffentliche Meinung als Schutzschild . . . . .	201
Das soziale Netz als Schutzschild . . . . .	211
Ein Krebsgeschwür im Endstadium . . . . .	221
Welche Vorsorge ist möglich? . . . . .	224
9. Kapitel: Die unterschiedlichen Wirkungen des zivilen Widerstands . . . . .	227
Überleben in einer »unabhängigen« Gesellschaft . . . . .	228
Direkte, indirekte und abschreckende Wirkung . . . . .	237
10. Kapitel: Schlussfolgerung: Vom Phänomen des Widerstands . . . . .	251
Die beiden Dimensionen . . . . .	252
Bruch, Bewahrung und Schöpfung . . . . .	253
Welche Rolle für welche Erinnerung? . . . . .	254

## Anhang

Methodologische Elemente . . . . .	257
Anmerkungen . . . . .	263
Literaturverzeichnis . . . . .	270
Abkürzungen . . . . .	277
Liste der untersuchten historischen Beispiele . . . . .	278
Personenregister . . . . .	281



*»In der Geschichte eines Landes gibt es manchmal einen grausamen Moment, in dem man, um das zu retten, was den wahren Sinn der Nation ausmacht, nicht anders kann, als dem Staat den Gehorsam zu verweigern. In Frankreich war dieser Moment nach dem Juni 1940 gekommen.«*

Robert O. Paxton

*»Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Katholiken holten,  
habe ich nicht protestiert, ich war ja kein Katholik.  
Als sie mich holten, gab es keinen mehr,  
der protestieren konnte.«*

Martin Niemöller

## Vorwort

Welche Ehre, dieses Buch im Anschluss an die Übersetzung von *La Survie des juifs en France 1940-1944*<sup>1</sup> erneut auf Deutsch erscheinen zu sehen. Es ist ein Glücksfall, dass beide Werke von demselben Verlag publiziert werden und auf diese Weise die Kontinuität meiner Arbeit kenntlich wird. Dem Wallstein Verlag sei dafür herzlich gedankt.

Zwischen den beiden Büchern liegen 29 Jahre. In dieser Zeit habe ich mich vor allem der Analyse der Massenverbrechen im 20. Jahrhundert gewidmet. Gestützt auf meine Ausbildung als Politologe, Historiker und Psychologe sowie vor allem konzentriert auf den Holocaust und die Fälle in Ruanda und Bosnien, habe ich versucht, mich an den Prozess heranzutasten, in dem gewöhnliche Menschen anfangen, Massaker zu begehen. Ein weiteres Buch, das daraus resultierte, ist ebenfalls auf Deutsch erschienen.<sup>2</sup>

Aber während ich die Monstrosität der Barbarei intensiv erforschte, habe ich niemals mein vorrangiges Interesse an der anderen Seite des menschlichen Verhaltens verloren: der des Widerstands, den Männer und Frauen mit bloßen Händen in autoritären oder sogar totalitären Regimen leisten. Aus dieser Perspektive interessierte es mich besonders, Formen der Hilfeleistung für die jüdischen Opfer der Verfolgung und des Genozids zu untersuchen – daher meine Verbundenheit unter anderem mit Orten wie Chambon-sur-Lignon und Dieulefit, Dörfern im ländlichen Frankreich, in denen man jüdische Kinder vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet hat.

Ich habe dieses Buch 1987/88 in Harvard im Anschluss an meine Doktorarbeit über den zivilen Widerstand geschrieben, die ich 1986 an der Sorbonne verteidigt hatte. Parallel zu Arbeiten über den bewaffneten Widerstand zielte die Dissertation darauf, einen anderen Widerstandsansatz ans Licht zu bringen, der sich in kleinen anonymen Gesten des Protestes und symbolischen Handlungen ausdrückt. Daher richtete ich mein Augenmerk auf die kleinstmögliche Abweichung in einer Diktatur: die Nonkonformität. Das Titelblatt mit dem unglaublichen Foto, das 1936 bei Hitlers Besuch einer Werft in Hamburg aufgenommen wurde, legt davon Zeugnis ab. Aber noch intensiver habe ich die kollektiven Formen des Widerstands ohne Waffen erforscht – Kundgebungen, Streiks und andere illegale Aktionen –, die durch ihre ruhige und

entschlossene Kraft überraschen. Wahrscheinlich könnte man hier auf den schönen deutschen Ausdruck »Zivilcourage« verweisen. Aber das Konzept des zivilen Widerstands reicht weiter und ist radikaler. Es beinhaltet sogar das Abgleiten in die Illegalität, in den zivilen Ungehorsam –ein Ausdruck, der heute in den Medien gängiger ist. Das Korpus meiner Dissertation besteht aus rund dreißig Beispielen des zivilen Massenwiderstands, die im nationalsozialistisch beherrschten Europa auftraten, darunter die kaum bekannte Bewegung der Bildungseinrichtungen im polnischen Untergrund, die Streiks der Bergleute in Nordfrankreich oder in Belgien, der Widerstand der holländischen Ärzte und der norwegischen Lehrer gegen die Nazifizierung ihres Berufsstands; nicht zu vergessen der massenhafte zivile Ungehorsam gegenüber dem Pflichtarbeitsdienst STO, die Proteste der Kirchen und die verschiedenen Hilfsnetzwerke für die verfolgten und mit dem Tod bedrohten Juden.

Von Beginn an war es die Absicht dieser Forschung, die Aktionen zur Rettung von Juden als eine Form des Widerstands gegen den Nazismus zu definieren. Das ist der zweite Schwerpunkt der Arbeit. Heute erschiene dieser Ansatz selbstverständlich, nicht aber Mitte der 1980er Jahre. Damals interessierten sich die Holocaust-Forscher nicht für diese Frage. Sie waren von Kontroversen über die ideologischen Ursprünge der »Endlösung« absorbiert und schieden sich in Intentionalisten und Funktionalisten. Sie bemühten sich kaum zu verstehen, warum, wie Raul Hilberg betont hat, die Nationalsozialisten in mehreren Ländern manchmal auf Hindernisse prallten. Das war es, was mich aufhorchen ließ, und deswegen wollte ich daraus in diesem Buch ein eigenes Kapitel machen. Ich erinnere mich, dass seine Ausarbeitung mir einige Nüsse zu knacken gab. Wenn ich es heute wieder lese, habe ich das Gefühl, dass dieses Kapitel kaum gealtert ist und der Leser darin Verbindungen entdecken könnte, die mich dreißig Jahre später zu der Frage führten, warum und wie 75 % der Juden in Frankreich den Holocaust überlebt haben.

Seit den 2000er Jahren haben sich die Publikationen über den zivilen Widerstand vervielfacht. Eines der innovativsten Bücher ist das von Erika Chenoweth und Maria J. Stephan, *Why Civil Resistance Works*,<sup>3</sup> das in den USA mit mehreren politikwissenschaftlichen Preisen ausgezeichnet wurde. Solche Forschungsarbeiten können sich auf viele andere Kämpfe außerhalb des Zweiten Weltkriegs stützen. Zu denken ist insbesondere an die vergessene Bewegung der »Peoples Power Revolution« auf den Philippinen, die den Sturz des Diktators Marko im Jahr 1986 bewirkte, also schon vor den sanften Revolutionen in Zentraleuropa, die zum Fall der Mauer in Berlin führten. Daran reihten sich die serbische

Bewegung »Otpor«, die im Jahr 2000 den Rücktritt von Slobodan Milošević verursachte, und die »Orangene Revolution« in der Ukraine im Jahr 2004. Es folgten der »Arabische Frühling« Anfang der 2010er Jahre und erst kürzlich die Bewegungen im Sudan, in Armenien, in Chile, im Libanon, in Hongkong, in Algerien und nicht zu vergessen in Weißrussland.

Die Liste ist lang und bezeugt das tiefe Freiheitsstreben von Völkern, die autoritären Mächten unterworfen sind. Frauen nehmen dabei häufig eine herausgehobene Rolle ein.

Allerdings ist das Scheitern dieser Widerstände ohne Waffen zahlreich und tragisch. Wie könnte das verwundern? Der zivile Widerstand als Macht der Machtlosen (Václav Havel) endet viel zu oft mit Blutvergießen und mit dem Sieg der Tyrannei. Aber nicht immer. Das ist es, worüber nachzudenken sich lohnt.

Diese Formen des Kampfes können tatsächlich einen gewissen Erfolg erzielen, zur Überraschung von Strategie-Experten. Die Auffassung Basil Liddel Harts, des großen britischen Historikers des Zweiten Weltkriegs, ist besonders erhellend. Als er in den 1950er Jahren die Möglichkeit hatte, deutsche Generäle in Gefangenschaft zu interviewen, bemerkte er, dass die zivilen Widerstandsformen sie aus dem Konzept brachten, umso mehr, je subtiler und undurchsichtiger die angewandten Methoden waren. »Sie atmeten auf, als der Widerstand gewaltsam wurde und gewaltlose mit Partisanenaktionen einhergingen, erleichterte ihnen dies doch die Einleitung drastischer Unterdrückungsaktionen gegen beide zur gleichen Zeit.«<sup>4</sup>

Was geschieht also, wenn solche Sandkörner die Maschinerie der Repression durcheinanderbringen? Ausgehend von jener Bemerkung Basil Liddel Harts habe ich versucht, die Möglichkeiten und Grenzen des zivilen Widerstands unter den schlimmsten Umständen des 20. Jahrhunderts einzuschätzen: im nationalsozialistisch beherrschten Europa. Deswegen hoffe ich, dass *Ohne Waffen gegen Hitler* jenseits seines Beitrags zur Geschichtswissenschaft helfen kann, auch andere Beispiele des Widerstands dieser Art zu verstehen – neuere und zukünftige.

*Das Vorwort für die vorliegende Neuausgabe im Jahr 2021  
übersetzte Susanne Wittek.*

## *Danksagung*

Während der gesamten Dauer dieser Studie wurde ich von den Forschern des Instituts d'histoire du present (CNRS) unterstützt. Mein besonderer Dank gilt Jean-Pierre Azéma, Claude Lévy, Henry Rousso und Dominique Veillon, die bereitwillig auf meine zahlreichen Fragen antworteten und einen oder alle Teile meines Manuskriptes gelesen haben. Daneben hatte ich das Glück, von Gene Sharp und Christopher Kruegler in das Center for International Affaires (Program on Non Violent Sanctions) der Harvard-Universität eingeladen zu werden. Der Aufenthalt in Harvard ermöglichte mir, meine Studie zu vertiefen, und bot mir beste Voraussetzungen, die vorliegende Studie zu überarbeiten. Es sei mir schließlich erlaubt, den Professoren Jean-Paul Charnay und Stanley Hoffmann (Direktor des Center for European Studies in Harvard) zu danken, die mir mit ihrem Rat geholfen haben, meine Analysen zu vertiefen.

## *Einleitung*

### Ein neues Verständnis von »Widerstand«

Im allgemeinen Verständnis ist der Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor allem durch aufständische Gewalt gekennzeichnet. Es existierte aber auch ein Widerstand ohne Waffen. In der vorliegenden Arbeit geht es darum, die wichtigsten Fälle unbewaffneter Opposition gegen den Nationalsozialismus darzustellen, an denen Tausende, wenn nicht Zehntausende beteiligt waren. Es handelt sich dabei insbesondere um Streiks, Demonstrationen, Proteste von Kirchen, Justizorganen, medizinischen, kulturellen und pädagogischen Einrichtungen wie auch um Bewegungen zur Verweigerung des Zwangsarbeitsdienstes. Darunter fallen natürlich auch die wichtigsten Aktionen zur Unterstützung und zur Rettung von Juden, was, bedingt durch die Einzigartigkeit des Genozids, gesondert behandelt wird. Fälle solchen Widerstands gab es in Frankreich, Belgien, Luxemburg, in den Niederlanden, Dänemark, Norwegen, aber auch in Polen, der Tschechoslowakei und in Bulgarien. Dieses Buch, das keine Vollständigkeit beansprucht, vereinigt zahlreiche Zeugnisse dieser besonderen Formen des Widerstands, die von der Öffentlichkeit häufig verkannt werden und über die nur wenige Arbeiten in französischer Sprache erschienen sind.<sup>1</sup>

Die vorliegende Studie entstand nicht allein aus historischem Interesse, sondern auch aus der tiefergehenden, ethisch und strategisch motivierten Frage nach den Möglichkeiten einer Gesellschaft, Aggressionen (seitens einer militärischen Besatzung oder einer totalitären Macht) auch ohne Waffen Widerstand entgegenbringen zu können. Seit mehreren Jahren führten mich diese Fragen dazu, die Bedingungen für die Effizienz der sogenannten gewaltfreien Aktion gegenüber tyrannischer Unterdrückung zu untersuchen. So hatte ich die Möglichkeit, diese Studie im Gespräch mit hochrangigen Militärs zu vertiefen, wie etwa im Rahmen der *Fondation pur les études de défense nationale (FEDN)*<sup>2</sup>, des *Secrétariat général de la défense nationale (SGDN)*<sup>3</sup> und der *École de guerre*<sup>4</sup>. Als ein Ergebnis dieser Reflexionen ist bereits eine Arbeit über den Begriff der »zivilen Abschreckung« in Ergänzung zur militärischen Verteidigung Frankreichs entstanden. (Mellon/Muller/Semelin 1985)

Die vorliegende Arbeit steht ganz in der oben angedeuteten Forschungslinie. Mir ging es darum, verschiedene Hypothesen bezüglich der

»gewaltfreien Aktion« auf dem für sie ungünstigsten Feld zu »überprüfen«: dem der extremen Brutalität des Nationalsozialismus, einer der schrecklichsten Formen der Gewalt in der Geschichte der Menschheit. Daher vertiefte ich mich in eine historische Arbeit, die eine dreifache Zielsetzung hat. Zuerst geht es mir um eine allgemeine Interpretation der untersuchten Phänomene mithilfe des Begriffs *ziviler Widerstand*. Der Begriff »gewaltfreie Aktion« scheint im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg nicht zutreffend zu sein. Eines der fundamentalen Merkmale des Widerstands gegen den Nationalsozialismus lag in seiner Verflechtung von Mitteln des bewaffneten mit solchen des unbewaffneten Kampfes, wobei der unbewaffnete Widerstand in den meisten Fällen lediglich in Ermangelung besserer Mittel – d. h. in Ermangelung von Waffen – angewandt wurde, die für diejenigen, die es wagten, sich der deutschen Herrschaft zu widersetzen, weiterhin als das ultimative Mittel galten.

Aus dieser Erwägung heraus suchte ich nach einem adäquateren und neutraleren Begriff als »gewaltfreie Aktion«; dieser sollte besser jenen Fällen vorbehalten bleiben, in denen ein ausdrücklicher Bezug zu einer Philosophie oder Strategie der Gewaltfreiheit existiert. Ich schlage daher den Begriff »ziviler Widerstand« vor, definiert als die spontane und unbewaffnete Kampfhandlung einer Zivilgesellschaft – sei es durch die Mobilisierung ihrer wichtigsten Institutionen, ihrer Bevölkerung oder aber beider zugleich. Daran zeigt sich, dass es nicht ausreicht, den zivilen Widerstand über seine Mittel zu definieren. Denn wo während der deutschen Besatzung Einzelpersonen oder Gruppen tatsächlich in friedlicher Form agierten, stand dies zumeist doch im Dienste von Kriegszielen oder von paramilitärischen Gefechten (darunter fallen zum Beispiel Kundschafterdienste, die Unterstützung der Bevölkerung oder auch die *maquis* usw.). Diese in Verbindung mit dem bewaffneten Kampf stehenden Aktionen des zivilen Widerstands verdienten wohl eine eigene Untersuchung, sie bilden aber nicht den eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Vielmehr widme ich mich hier der Betrachtung von »autonomen« Aktionen des zivilen Widerstands, d. h. von Aktionen, die tatsächlich an »zivilen« Zielen ausgerichtet waren. Darunter kann zum Beispiel die Forderung nach der Unabhängigkeit verschiedener Institutionen von der Kontrolle durch die Besatzungsmacht oder der Schutz verfolgter Personen fallen. Das erklärt, weshalb sich die Arbeit auf die Jahre 1939 bis 1943 konzentriert, während derer die Formen des bewaffneten Widerstands noch wenig entwickelt waren.

Das zweite Forschungsziel besteht darin, ein »Analyseraster« aller hier zusammengetragenen Fälle zivilen Widerstands zu erstellen. Es geht

darum, ein tiefes Verständnis dafür zu erlangen, *warum* und *wie* Männer und Frauen sich auf einen Kampf ohne Waffen gegen einen bis an die Zähne bewaffneten Feind einlassen konnten, dem jeglicher Sinn für Moral abging. Dies führte mich dazu, unterschiedliche komparative Ansätze zu verfolgen. Über Vergleiche lässt sich diskutieren, schon allein deswegen, weil man dabei immer Ereignisse aus ihrem Zusammenhang reißt. Angesichts der großen Unterschiede eines jeden besetzten Landes bezüglich Geschichte und Status während der Besatzungszeit läuft man immer Gefahr, zu stark verallgemeinernde Aussagen zu treffen, die nur schlecht die Besonderheiten der einzelnen Fälle wiederzugeben in der Lage sind. Ich hoffe jedoch, die Aussagekraft von Schlüsselbegriffen wie »Legitimität«, »sozialer Zusammenhalt« und »öffentliche Meinung«, die dieser Arbeit zugrunde liegen, verdeutlichen zu können. Durch sie werden die Bedingungen für den Kampf ohne Waffen verständlicher. Zugleich hoffe ich, damit einen neuen Blick auf den »Widerstand« zu ermöglichen. Einige der hier vorgestellten Gesichtspunkte, die zum Teil auf die Methoden der Psychologie und der Soziologie zurückgreifen, liefern zudem noch das Handwerkszeug, verschiedene zeitgenössische Formen zivilen Widerstands besser verstehen zu können, etwa in Polen, auf den Philippinen oder in China. In diesem Sinne rekurriert die vorliegende Arbeit eher auf die Geschichtssoziologie und die Politologie als auf die Geschichtswissenschaft im engeren Sinn. Sie trägt damit der von Stanley Hoffmann erhobenen Forderung Rechnung, die den Historiker vor eine schwierige Aufgabe stellt: »Er sollte sich nicht nur in den bereits bekannten Gefilden der Politologen und Soziologen bewegen, sondern auch in den kontrovers diskutierten der Psychologen. Ein volles Programm!« (Hoffmann 1985, 33).

Schließlich wirft die vorliegende Studie noch ein allgemeineres Problem auf: Kann die Zivilgesellschaft an ihrer eigenen Verteidigung teilhaben? Man fragt heute vermehrt nach der Art und Weise, in der eine Bevölkerung direkt oder indirekt einen Beitrag zu ihrer eigenen Sicherheit leisten kann. Die Prüfung, welcher der zivile Widerstand unter der deutschen Besatzung in Europa ausgesetzt war, ist in dieser Hinsicht außerordentlich aufschlussreich. Der Widerstand war nur selten offen gegen die Besatzungsstreitkräfte gerichtet. Er besaß nicht die Mittel, sie aus den eroberten Gebieten zu vertreiben. Das Ziel dieses spontanen Kampfes bestand daher vor allem darin, die *gemeinsame Identität* der angegriffenen Gesellschaften zu erhalten, oder mit anderen Worten die sie konstituierenden Werte. Der zivile Widerstand nahm oftmals den Kampf gegen den Besatzer und seine Helfer auf, um damit seine eigene,



rebellische Legitimität gegen die Besatzungsmacht zu behaupten, eine Legitimität, die zunehmend von der Gesamtheit der bewaffneten und unbewaffneten Kräfte des Widerstands verkörpert wurde. »Für uns«, so schrieb ein französischer Widerstandskämpfer, »bezeichnete das Wort ›Résistance‹ ab einem bestimmten Moment unser Schicksal: freiwillig in der Verteidigung jener Werte engagiert zu sein, die wir für nicht hinterfragbar hielten.« (Vistel 1955, 63) Der zivile Widerstand war ein hervorragendes Mittel, um die Kluft zwischen dem *faktischen Zustand* der militärischen Herrschaft und dem *geistigen Zustand* der politischen Unterwerfung zu vertiefen. Denn je weniger eine Gesellschaft sich unterdrückt fühlt, desto weniger ist sie unter Kontrolle zu halten. Ein Besatzer, der in dieser Situation seine Macht behauptet, wird zwangsläufig seine Autorität verlieren. Dies verdeutlicht, in welchem Ausmaß der zivile Widerstand vor allem aus dem Zusammenstoß zweier Willenskräfte bestand und damit vor allem einen Kampf um Werte darstellte. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich Fragen von nicht zu leugnender Aktualität: Was haben wir heute zu verteidigen? Wie begründet sich unsere heutige kollektive Identität? Welches sind die Werte, die es verdienen, im Falle einer die Sicherheit und Integrität unserer Gesellschaften bedrohenden Krise verteidigt zu werden? Das Anliegen dieses Buches ist es, einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen zu leisten.

## *I. Kapitel*

### Die Grundzüge der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa

Am Ende des Jahres 1942 befand sich nahezu das gesamte Kontinentaleuropa unter deutscher Kontrolle. Von der Spitze der Bretagne bis zu den Gipfeln des Kaukasus, von den arktischen Ausläufern Norwegens bis an die Küsten des Mittelmeers reichte die Herrschaft Berlins. Innerhalb von drei Jahren hatte sich Nazi-Deutschland ein »Reich« geschaffen, das es tausend Jahre errichtet zu haben wähnte. Eine »neue Ordnung« war entstanden, und gelegentlich konnte man hören, es handele sich um so etwas wie die »Vereinigten Staaten von Europa«. Auf einer 1941 in Prag abgehaltenen Konferenz erklärte der Direktor der deutschen Presse, Otto Dietrich, dass diese »neue Ordnung nicht auf dem Prinzip der Privilegien der einen oder der anderen Nation« gegründet sei, »sondern auf dem der Chancengleichheit für alle«. Zugleich versprach er »eine Zuordnung der Nationen nach deren rassischer Zusammensetzung, sodass sie ein organisches Ganzes formen« (Dietrich 1941, 26). Ebenfalls 1941 trafen sich die Repräsentanten der Mitgliedstaaten des antikomunistischen Pakts, des sogenannten Antikominternpakts, zu einem »Ersten Europäischen Kongreß«. Aus diesem Anlass war sogar ein »Lied Europas« verfasst worden.

Es versteht sich von selbst, dass die Idee fortan gleichrangiger und gemeinsam für den Aufbau ihrer Zukunft tätiger Nationen nichts als reine Propaganda war, denn die nationalsozialistische Repression war allgegenwärtig. Große Bewunderer Deutschlands, wie z. B. der Kollaborateur Pierre Drieu la Rochelle, ließen sich davon nicht beirren:

Nur Deutschland kann die Vorherrschaft in Europa bewahren. Es befindet sich im Zentrum Europas, hat doppelt so viele Einwohner wie jede andere Nation und kann, ist es einig, alle strategisch wichtigen Punkte in Besitz nehmen und verteidigen. Vor allem aber vereinigt es in einer Hand die größten Ressourcen der Welt an Material, Organisation und Geist. (zit. n. Ory 1977, 97 f.)

Doch dann kamen Stalingrad und die ungeheure Schlagkraft der US-amerikanischen Kriegsmaschinerie. Wer wüsste zu sagen, was aus Europa ohne die unerbittliche Entschlossenheit Englands geworden wäre, die

Schlacht an seinen Küsten bis 1941 und bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten allein weiterzuführen? Es ist sicher schwierig, hierauf zu antworten, um so mehr, als die deutschen Vorstellungen in Bezug auf Europa nicht wirklich klar waren. Zahlreiche Autoren weisen darauf hin, dass Berlin anscheinend niemals ernst zu nehmende Pläne ausgearbeitet hatte, wie eine europäische Ordnung in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht aufzubauen gewesen wäre. Trotzdem vermittelt das Auftreten Deutschlands gegenüber den eroberten Völkern eine Vorstellung davon, was diese im Falle eines deutschen Siegers zu erwarten gehabt hätten.

### *Die außenpolitischen Interessen Nazi-Deutschlands*

Vergegenwärtigen wir uns die großen Linien der deutschen Außenpolitik gegenüber den europäischen Nationen. Dazu ist es nicht unbedingt notwendig, den genauen Ablauf der militärischen Auseinandersetzungen oder den aktuellen Stand der immer noch fortdauernden Debatte um das wahre Erscheinungsbild des Nationalsozialismus zu kennen.<sup>1</sup> Ausschlaggebend für die vorliegende Studie, die die Rolle der verschiedenen Widerstandsformen gegen die Besatzungsmacht zu klären versucht, ist, welche Ziele die Nationalsozialisten in den besetzten Ländern hatten.

Was also wollte Adolf Hitler, der neue Herrscher über Europa? Man weiß heute, dass der Nazi-Staat kein monolithischer Block war, sondern ein recht chaotisches System, in dem Entscheidungen über die wichtigsten Fragen oft Ergebnis der verschiedensten Einflüsse waren, ohne dass es zwingend klare Pläne oder Befehle der Führung gegeben hätte. Nicht weniger sicher aber ist, dass der Chef des Dritten Reichs stets die Oberhand über jene beiden Bereiche behielt, die ihn am meisten interessierten: die Kriegsführung und die Außenpolitik. Seine Vorstellungen von den politischen und wirtschaftlichen Grundlagen seines Imperiums scheint er dagegen niemals präzisiert zu haben. Zu sehr war seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, den selbst ausgelösten Krieg zu gewinnen. Fragen nach dem Aufbau des neuen Europas standen auf einem anderen Blatt. »Das unmittelbare Ziel Hitlers«, schreibt Gordon Wright, »war der Sieg der Waffen, nicht die Neuorganisation Europas nach einem zuvor ausgearbeiteten Plan.« (Wright 1971, 98) In den besetzten Ländern selbst galt Hitlers Hauptsorge daher vor allem Maßnahmen zur Erhaltung von »Sicherheit und Ordnung« sowie pragmatischen Anweisungen für eine Besatzung, die den Kriegsbetrieb möglichst ungehindert weiterlaufen

lassen sollte. Dabei baute er gegebenenfalls auch auf die Mithilfe der örtlichen Verwaltungen – sei es zur Fortführung der zivilen Wirtschaft oder zur Unterdrückung eventueller Oppositionsbewegungen. Zunächst einmal sollte der Krieg gewonnen werden – danach wäre immer noch Zeit, die Früchte der Eroberungen zu ernten ...

Beruhete die eingeschlagene Richtung nun auf einer reiflich überlegten Taktik, die von Hitler eingeschlagen worden war, um seine Nachkriegspläne zu verschleiern – oder war sie lediglich die Folge seiner Leidenschaft für militärische Strategie? Ohne Zweifel enthielt sie von beidem etwas. Doch das Bild, das von Hitler bestehen bleibt, ist zunächst einmal das eines mit unleugbaren Talenten begabten Kriegsherrn; mehr jedenfalls als das eines vorausschauenden Verwalters seiner Eroberungen. Er wusste die richtigen Entscheidungen zu treffen, um abermals eine deutsche Armee aufzubauen und sie mit modernster Technik zu versehen. Er verstand es, von seinen Gegnern die schrecklichsten Bilder zu zeichnen und sein Volk und seine Soldaten mit der Anziehungskraft seiner Stimme in Bann zu schlagen. Hinzu kam ein hohes Maß an Vorausschau und Improvisationsvermögen in strategischen Fragen, das ihn zu schnellen militärischen Siegen führte. In diesem Zusammenhang wies Arnold Toynbee (1954) darauf hin, dass sich bei Hitler der Wille zur Macht vor allem in einem Willen zur Eroberung ausgedrückt und er die Kriegsziele folglich flexibel gestaltet habe.

Heute ist die Ansicht weitverbreitet, dass *Mein Kampf* trotz seiner Phrasenhaftigkeit Gebietsansprüche und einen verbindlichen Aktionsrahmen festgelegt habe, von denen der spätere Führer niemals abgerückt sei. So beanspruchte Hitler in *Mein Kampf* für Deutschland eine Ausbreitung gen Osten, vor allem in Richtung Ukraine und Baltikum, ja womöglich sogar noch darüber hinaus. Hitler betonte darin die Notwendigkeit, die militärische Macht Frankreichs zu brechen, ohne jedoch von einem Wunsch nach territorialer Ausdehnung in Richtung Westen zu sprechen. Anscheinend lag ihm nicht daran, die Herausforderung der Marine- und Kolonialmacht England anzunehmen. Nach seiner Vorstellung würde das Reich vielmehr durch die Herrschaft über das potenzielle Kolonialgebiet Osteuropa zu einer Weltmacht werden. Das eigentlich Bestürzende an diesem Text – wie an zahlreichen anderen Erklärungen – ist jedoch der Raum, der darin den rassistischen Fragen eingeräumt wird. Hierin liegt ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der nationalsozialistischen Politik auf nationaler und internationaler Ebene. Rassistische Betrachtungen nahmen in der Außenpolitik eine zentrale Rolle ein und gaben die großen Linien vor. Grundlage hierfür bildete die Größenwahn-

hafte Vision einer aus der »Herrenrasse« des »arischen Volkes« hervorgegangenen deutschen Nation. In seiner Eigenschaft als von Natur aus zur Herrschaft bestimmtem Volk brauche es einen entsprechenden *Lebensraum*, wie die rituelle Vokabel der Nazis lautete. Und im Geiste Hitlers sollte Osteuropa dieses Land der Vorsehung, diesen *Lebensraum*, darstellen. Das bedeutete nichts anderes, als dass dieser Raum »kolonisiert« werden müsse, wie es die Nationalsozialisten selbst nannten, das heißt, seine Bevölkerung müsse vertrieben und das Gebiet anschließend »germanisiert« werden. So wurde ab 1935 innerhalb der SS ein Büro für »Rasse und Besiedlung« geführt, dem Hitler im Oktober 1939 ein »Staatskommissariat zur Festigung des Germanentums« unter dem Vorsitz Himmlers beigab. Dieses Büro hatte die Aufgabe, die eroberten Gebiete zu »reinigen«, um sie anschließend »wiederzubevölkern«. Diese »Germanisierung« wurde nicht in traditionellem Sinn verstanden, wonach der Kolonisator dem Kolonisierten seine Kultur aufzwingt. »Unsere Aufgabe im Osten«, sagte Himmler 1942,

besteht nicht darin, im alten Sinne des Wortes zu germanisieren, das heißt der Bevölkerung die deutsche Sprache und Gesetze aufzuerlegen, sondern durchzusetzen, dass der Osten ausschließlich von Personen mit reinem germanischen Blut bewohnt wird. (zit. n. Dallin 1957, 279)

Einige Völker, die wie die skandinavischen von den Deutschen als rassisch verwandt angesehen wurden, blieben von dieser Art der Kolonisierung verschont. Was sie betrifft, ging es vornehmlich darum, eine »Rückeroberung« durchzusetzen. Andere jedoch, darunter vor allem das russische Volk, hielt man für zur Knechtschaft berufen. In diesem Zusammenhang wurde 1941, zeitlich mit dem Angriff auf die Sowjetunion, eine Propagandakampagne mit der Absicht begonnen, die Bewohner Osteuropas als *Untermenschen* abzuqualifizieren – ein Wort, das bis dahin wenig gebraucht worden war.

Eine weitere grundlegende Vorstellung des nationalsozialistischen Rassismus – ebenso zwang- und wahnhaft wie die erste – war die »Verseuchung« Europas durch das »internationale Judentum«. Für alle Übel des im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschlands wurden die Juden als die Verantwortlichen präsentiert. Die nazistische Propaganda entwickelte eigens zu diesem Zweck tierhafte Darstellungen und forderte, jede Beziehung mit diesen gefährlichen und ansteckenden Wesen abzubrechen. Vor dem Krieg hatten sich die nationalsozialistischen Autoritäten damit begnügt, die Juden zu ächten und auszugrenzen. Zwar hatte Hitler schon im Januar 1939 im Reichstag erklärt, dass, »wenn es dem internationalen

Finanzjudentum [...] gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa [sein]« (zit. n. Wright 1971, 113), doch war diese Erklärung nur von wenigen Beobachtern ernst genommen worden. Im Verlauf des Krieges sollte sich diese öffentlich verbreitete Drohung allerdings bewahrheiten. Die systematische Vernichtung der Juden begann im Osten mit dem Russlandfeldzug, gegen Ende Juli 1941. Bereits im Januar 1942 plante eine Ministerkonferenz im Berliner Stadtteil Wannsee die Vernichtung der Juden in anderen, vornehmlich westeuropäischen Ländern. Schon im Herbst 1941 hatten Sonderheiten, die hinter der Armee Richtung Moskau marschierten, Massenerschießungen mit Maschinengewehren durchgeführt. Ende 1941 wurden in Chelmno (Polen) Gaskammern errichtet und mit dem Bau von Vernichtungslagern in Belzec, Majdanek, Sobibor und Treblinka begonnen. 1942 wurde das Konzentrationslager Auschwitz zum Vernichtungslager umfunktioniert.

Menschliche Barbarei hat schon viele Kriege begleitet. Doch nach diesem Krieg verspürte man das Bedürfnis, ein neues Wort zu prägen; ein Wort, das ebenso neu ein sollte, wie das Phänomen, das es betrifft – den *Genozid*.<sup>2</sup> Von verschiedener Seite wird dieses Bemühen, der Vernichtung der europäischen Juden einen besonderen Rang zuzusprechen, kritisiert. Denn tatsächlich sind auch andere Menschen in den Lagern der Nazis umgekommen: Zigeuner, Homosexuelle, Slawen – Menschen aller Nationalitäten. Die Basis dieses Vernichtungsprozesses jedoch, das, was ihm seine Antriebskraft gegeben hat, war der nationalsozialistische Antisemitismus. Der grundlegende Charakterzug des Nationalsozialismus, sein Charakter *sui generis*, liegt in der Planung der industriell betriebenen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Für die Beurteilung der nationalsozialistischen Politik gegenüber den unter ihren Einfluss gefallenen Nationen muss der Genozid daher eine zentrale Stellung einnehmen.

Doch auch der Krieg übte politische und ökonomische Zwänge aus und erforderte eine maximale Ausbeutung der industriellen Ressourcen der besetzten Länder, um die deutsche Produktion mit derjenigen der Alliierten mithalten zu lassen. Die Deutschen betrieben daher auf europäischem Niveau die von ihnen so genannte *Großraumwirtschaft*. Theoretisch hatten sie zwei Möglichkeiten: entweder die besetzten Länder ihrer Rohstoffe und produzierten Nahrungsmittel zu berauben, um diese nach Deutschland zu transportieren – oder aber die Bevölkerung in den besetzten Ländern für den deutschen Krieg arbeiten zu lassen. In

der Praxis wurden beide Möglichkeiten miteinander verknüpft, wobei die erste stärkere Anwendung fand. Diese Politik äußerte sich vor allem in der erzwungenen Umsiedlung von Millionen von Arbeitern nach Deutschland, vornehmlich im Rahmen des obligatorischen Arbeitsdienstes (AD). Wenn die Methoden auch je nach Nation verschieden waren, so waren sie im Osten sicherlich am grausamsten. Doch ihr Ziel war überall das gleiche: Plünderung, Verschickung von Rohstoffen, von Nahrungsmitteln und industriellen Ausrüstungen nach Deutschland, Beschlagnahme von Gütern (vor allem jüdischer Eigentümer), Kontrolle der Geldinstitute. Kurz, alle erdenklichen Techniken wurden angewandt, um jeglichen Warenverkehr Deutschland zugute kommen zu lassen.

### *Die wichtigsten Herrschaftsformen*

Das Fehlen eines umfassenden Konzeptes lässt sich auch auf der politischen Ebene beobachten. Die militärischen Siege wurden zwar schnell errungen, sie wurden aber nicht von internen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung begleitet. Die Improvisation Hitlers, die gleichsam »Schlag auf Schlag« vorging, machte aus dem nationalsozialistischen Europa ein uneinheitliches Gefüge.

Versucht man trotzdem, die Struktur dieses politischen Mosaiks zu analysieren, so ist es nach Gordon Wright möglich, unter Auslassung der neutralen Staaten (Portugal, Spanien, Irland, Schweiz, Schweden, Türkei und Vatikanstaat), vier Grundformen der Nazi-Herrschaft in Europa zu unterscheiden (siehe die Karte auf der folgenden Seite). Ich benutze bewusst das Wort »Herrschaft« anstelle von »Besatzung«, da bestimmte Nationen unter dem Einfluss Berlins standen, ohne tatsächlich militärisch von den deutschen Armeen besetzt gewesen zu sein.

Die erste dieser Grundformen ist die *Annexion*, die allerdings nur selten vorkam. Das wichtigste Beispiel hierfür war der westliche Teil Polens, der alte Danziger Korridor. Dieses Gebiet wurde in zwei neue deutsche Provinzen geteilt, in das Wartheland und in Westpreußen-Danzig. Das polnische Schlesien wurde dem deutschen Schlesien angeschlossen, und Ostpreußen erhielt einige zusätzliche Teile des polnischen Territoriums. 1940, nach dem Frankreichfeldzug, nahm Deutschland Belgien zwei kleinere Distrikte (Eupen und Malmédy) weg, die ihm durch den Versailler Vertrag aberkannt worden waren. Desgleichen verfügte Berlin ein Annexions-Statut über das Großherzogtum Luxemburg, das Elsass und weite Teile Lothringens. 1941, nach dem Fall Jugoslawiens,

# Die wichtigsten Herrschaftsformen



Karte nach Wright 1971



eignete sich Deutschland zwei Drittel Sloweniens an und dehnte seine Grenzen bis zur Adria aus. Nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion fiel der ehemals unter sowjetischer Kontrolle stehende Teil Polens (ein Teil der Ukraine, Litauens und Weißrußlands) automatisch an Deutschland. Zugleich zog Hitler die Möglichkeit weiterer Annexionen in Erwägung. Doch unternahm er weiter nichts in diese Richtung. Zweifellos sollte diese Drohung Eindruck in der Bevölkerung machen, doch es ist auch möglich, dass er tatsächlich noch weitergehende Pläne im Kopf hatte, deren Verwirklichung er sich für den Tag vorbehielt, an dem der Krieg gewonnen wäre.

Die zweite Grundform politischer Herrschaft bestand in der wesentlich häufiger angewandten zivilen oder militärischen *Direktverwaltung* der eroberten Gebiete. Dieser Begriff der »Verwaltung«, wie er in diesem Zusammenhang von verschiedenen Historikern benutzt wird, ist jedoch missverständlich. Er setzt voraus, daß die Besatzungsautoritäten allein die Mittel gehabt hätten, das Land zu verwalten – was jedoch nicht zutrifft. Stattdessen befehligten sie unmittelbar die verschiedenen bestehenden und mit Beamten des betreffenden Landes besetzten Behörden. Diese zweite Grundform hat daher nicht nur verwaltungstechnische Bedeutung, sondern auch politische. Sie trat in verschiedenen Ländern Europas auf, wenn die Deutschen die besetzten Staaten ohne die nationale politische Führung regierten, unabhängig davon, ob diese nun zurückgetreten war oder die Zusammenarbeit verweigerte. So gründete Berlin, nachdem der norwegische König Håkon VII. mitsamt seiner Regierung nach London geflohen war, ein Reichskommissariat unter der Leitung von Joseph Terboven, das die von zahlreichen pronazistischen Sympathisanten durchgesetzte norwegische Verwaltung steuerte. Ein ähnliches Beispiel vollzog sich in den Niederlanden nach der Flucht von Königin Wilhelmine und ihrer Regierung. Eine Gruppe von niederländischen Staatssekretären, die, anders als ihre norwegischen Amtskollegen, an Ort und Stelle geblieben waren, wurde in der Zwischenzeit durch die Exilregierung anerkannt. Sie wurde von einem Zivilbeamten, Arthur Seyss-Inquart, einem Nationalsozialisten österreichischer Herkunft, geleitet. Die belgische Regierung dagegen rettete sich zuerst nach Frankreich und dann nach England, womit sie allerdings die Position König Leopolds III. unterlief, der sich in Gefangenschaft begeben hatte. Hohe belgische Funktionäre, die »Generalsekretäre«, verwalteten nun das Land unter der Vormundschaft eines deutschen Militärs, des Generals von Falkenhausen. In Frankreich bildeten zwei Drittel des Gebietes eine sogenannte Besatzungszone, die durch eine deutsche Militärverwaltung

## Die wichtigsten Herrschaftsformen

regiert wurde. Daneben galten die beiden Départements Nord und Pas-de-Calais als strategische Zonen von größter Bedeutung, sowohl vom militärischen als auch vom industriellen Standpunkt aus, sodass sie vom Rest des Landes getrennt wurden und der Militärverwaltung in Brüssel unterstanden. Im Osten unterstand das Gebiet Polens, das weder von Deutschland noch von der Sowjetunion direkt annektiert worden war, einem Militär von finsterem Ruf, dem General Hans Frank. Dieses Territorium erhielt den Namen »Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete«, 1940 abgekürzt zu »Generalgouvernement«. Der Einmarsch in die Sowjetunion erweiterte den deutschen Verwaltungsraum beträchtlich. Zwei große, von Zivilbeamten geleitete Kommissariate wurden geschaffen: die Ukraine und das Ostland (einschließlich des Baltikums und Weißrußlands). Desgleichen versuchte Berlin noch zwei weitere zu etablieren: Moskowien (das den größten Teil des europäischen Rußlands bis zum Norden der Ukraine umfaßte) und den Kaukasus. Doch weder das eine noch das andere konnte aufgrund des sowjetischen Widerstands Gestalt annehmen. Tatsächlich blieb die deutsche Zivilverwaltung in der Sowjetunion in den Anfängen stecken, da sowohl das Ostland als auch die Ukraine bis zum Ende der deutschen Anwesenheit heftig umkämpfte Gebiete blieben.

Die dritte, ebenfalls häufige Grundform der Nazi-Herrschaft bestand in der *Schutzherrschaft* über die eroberten Nationen unter Erhaltung einer mehr oder weniger scheinbaren Autonomie ihrer Staatsapparate. In diesem Fall führte eine »nationale« Regierung, zusammengesetzt aus anerkannten Politikern und pronazistischen Sympathisanten, scheinbar die Geschäfte des eigenen Landes weiter. Tatsächlich hatte eine solche Regierung nicht nur die Verantwortung für die Zivilverwaltung inne, sondern galt zugleich als die eigentliche politische Instanz des unterworfenen Landes. Zumeist verstanden es die deutschen Besatzer, den direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu meiden und statt dessen vermittelt einer zur Zusammenarbeit bereiten »nationalen« Regierung zu agieren. Deren Handlungsspielraum war jedoch stark eingeschränkt, denn in jedem Fall standen deutsche Truppen in dem betreffenden Land. Hitler hatte diese Vorgehensweise schon vor dem Krieg in der Tschechoslowakei testen können. Nach dem Münchener Abkommen, welches das Ende des unabhängigen tschechoslowakischen Staates besiegelte, war dieser von Berlin zweigeteilt worden. Der westliche Teil wurde zum Protektorat »Böhmen und Mähren« umbenannt, dessen Regierung kaum eine Verantwortung zukam. Der östliche Teil dagegen wurde vollständig in einen Vasallensaat unter der Führung des katholischen Prälaten Tiso umgewan-

delt, der über eine Armee und eine diplomatische Vertretung innerhalb der Achsenmächte verfügte. In Frankreich dagegen konnte sich Deutschland zu Marschall Pétain beglückwünschen, jener großen nationalen Figur und herausragenden Persönlichkeit, die bereit war, im Spiel der Zusammenarbeit mitzumischen. Doch Berlin war vorsichtig genug, die Autorität des Vichy-Regimes auf den südlichen Teil des Landes, die sogenannte freie Zone, zu beschränken. In Dänemark hatte König Christian X. – anders als der norwegische König Håkon VII. – beschlossen, nicht ins Exil zu gehen. Da man von deutscher Seite aus darum bemüht war, eine gewisse demokratische Fassade aufrechtzuerhalten, blieb die dänische Regierung bis zur Krise von 1943 im Amt. Im Süden Europas, im zerstückelten Jugoslawien, entstanden drei verschiedene Typen von Marionettenregierungen. Ein großer neuer Staat Kroatien mit dem kroatischen Faschisten Ante Pavelić an der Spitze und theoretisch unter der Vormundschaft Italiens stehend; ein winzig kleiner Staat Serbien, der dem General Milan Nedić, wie Marschall Pétain ein alter Militär, anvertraut wurde, und der kleine Distrikt Montenegro, der durch einen lokalen, profaschistischen Rat gleitet wurde. Und auch Griechenland hatte seine Kollaborationsregierungen, die der deutschen und italienischen Präsenz als Fassade dienten.

Die vierte und letzte Grundform der nationalsozialistischen Einflussnahme in Europa bestand in der Herrschaft über jene unabhängigen Staaten, die sich mit Deutschland verbündet hatten. Dem Anschein nach gleichberechtigt, waren sie doch in Wirklichkeit Satellitenstaaten des Reiches. So war es Rumänien und Ungarn gelungen, für eine gewisse Zeit eine fragile nationale Eigenständigkeit zu bewahren, indem sie sich zu bewaffneten Hilfskräften Hitlers gemacht hatten. Auch Bulgarien erklärte sich mit Deutschland verbündet, ebenso wie Finnland, das damit seinen Unabhängigkeitsstatus verlor. Was Italien betrifft, so war es theoretisch der privilegierte Partner Deutschlands für die Herrschaft über Europa, doch Mussolini hatte nicht die Fähigkeiten, diesen Rang zu bewahren. Seine militärischen Misserfolge konnten ihn darüber nicht im Unklaren gelassen haben. Tatsächlich also waren die Italiener die Untergebenen Deutschlands; sie lieferten Kriegsmaterial und sicherten die Halbinsel. Der Mythos der italienischen Unabhängigkeit ging 1943 mit dem Fall des Duce und der Invasion des Landes durch die deutsche Armee unter. Zuvor war Italien nichts als ein eher sperriger Satellitenstaat gewesen.

## *Die politischen Formen der Zusammenarbeit*

Wenn Deutschland auch das bevölkerungsstärkste Land Europas war, so war es doch nicht in der Lage, in wenigen Monaten ausreichend kompetentes und zahlenmäßig starkes Personal zur Verfügung zu stellen, wie es nötig gewesen wäre, um die Gesamtheit der unter seine Herrschaft gefallenen Gebiete zu verwalten. Aus diesem Grund musste Berlin versuchen, sich an die vor Ort bereits bestehenden Strukturen und damit vor allem an den Verwaltungsapparat der besetzten Länder anzulehnen. Schon die internationale Konvention von La Haye aus dem Jahre 1907 gab vor, dass im Falle einer Besetzung die Verwaltung des besetzten Landes unter den Befehl der Besatzungsautoritäten zu stellen sei. Ganz im Geiste dieser Konvention hatten bestimmte Länder ihre Vorbereitungen getroffen. So hatten in Belgien 1907 die Beschäftigten der Eisenbahn und der Elektrizitätsgesellschaft ein *Merkheft zur zivilen Mobilmachung* erhalten, das ihnen einschärfte, im Falle eines fremden Einmarsches keinerlei Widerstand zu leisten und in der Ausübung ihres Dienstes mit Pflichtbewusstsein und Loyalität gegenüber dem Besatzer fortzufahren. Die Deutschen hätten sich keine bessere psychologische und technische Vorbereitung seitens der Beamten wünschen können. Zumeist kam man ihnen mit weitaus mehr als lediglich »einfacher« administrativer Zusammenarbeit entgegen. Hinter dem, was eigentlich mit »Zusammenarbeit« gemeint ist, verbirgt sich ein komplexer Prozess, in dessen Verlauf sich der Besetzte politisch zunehmend an den Besatzer anpasst.

Stanley Hoffmann (1969) zufolge unterscheidet man traditionell mehrere Formen der Zusammenarbeit: zunächst einmal die taktische oder strategische Zusammenarbeit von Staaten, die auf höchster Machtebene entschieden wird und von dem Wunsch diktiert ist, auf diese Weise die nationalen Interessen des besiegten Landes zu wahren. Sie muss deutlich von der Kollaboration unterschieden werden, der die ideologische Entscheidung zugrunde liegt, sich politisch für die Sache des Besatzers einzusetzen, dessen System man bewundert – was nicht ausschließt, dass nicht auch andere Gründe für eine solche Haltung verantwortlich sein können.\* Denn für Opportunisten war die Zusammenarbeit auch ein

\* Jacques Semelin unterscheidet in dieser Studie durchgängig zwischen »collaboration« und »collaborationisme«. Mit »collaboration« bezeichnet er *alle* Formen der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in den besetzten Ländern, während »collaborationisme« für die *aus ideologischer Überzeugung betriebene* Kollaboration mit den Nationalsozialisten steht. Daher wird »collaboration« durchweg mit

Mittel zum Ausgleich mangelnder Anerkennung und zur sozialen Aufwertung mit der Chance zu manchmal beachtlichen wirtschaftlichen Gewinnen. Für die meisten war sie zudem eine Geisteshaltung, eine Art und Weise, sich »realistisch« zu zeigen und als »Herr der Lage« zu erweisen.

An dieser Stelle muss auf einen wichtigen Punkt hingewiesen werden: Zur »Zusammenarbeit« bedarf es der Bereitschaft beider Seiten. Wenn man diese banale Wahrheit vergisst, läuft man Gefahr, das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten fehlzuinterpretieren. So hat Hitler die Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene nicht immer gutgeheißen. Polnische Historiker bestehen zwar darauf, dass es ihrem Volk zur Ehre gereiche, keine mit den Nazis zusammenarbeitende Regierung gekannt zu haben – doch dass diese Tatsache unbestritten ist, liegt vor allen Dingen daran, dass Berlin dieses Verhältnis nicht wünschte. Die Gebiete im Osten waren von den Deutschen zum »Lebensraum für die arische Rasse« auserkoren, deshalb wurden die polnischen »Kolonien« von ihnen direkt verwaltet. Die gleiche Haltung bewahrte der »Führer« auch gegenüber der UdSSR, und zwar gegen die Ansicht einiger Nazi-Getreuer, wie des Ideologen Arthur Rosenberg, der die Position vertrat, die deutschen Armeen müssten sich bei der Invasion des Landes auf die nichtrussischen Minderheiten stützen (im Einzelnen auf die weißrussischen, ukrainischen und kaukasischen). Er hoffte, deren separatistische Bestrebungen bestärken zu können, und pries in Berlin die Schaffung von »Befreiungskomitees« an, die die Exilierten dieser Regionen umfassen sollten. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in dieser Richtung scheinen reichlich bestanden zu haben. Der gute Empfang, den die Bauern, vor allem in der Ukraine, den deutschen Truppen bereiteten, bezeugt dies eindrucksvoll. Dahinter stand in vielen Fällen die Hoffnung auf Abschaffung der Kolchosen und auf ein Ende des stalinistischen Terrors. 1942 eröffnete die Gefangennahme des Generals Andrei Wlassow die Möglichkeit, mit ihm bei der Errichtung eines russischen Staates unter deutscher Kontrolle politisch zu kooperieren. Doch Hitler widersetzte sich derartigen Projekten stets, und so fand auch die Rekrutierung von Kosaken und Kaukasern durch die Wehrmacht gegen seinen Wunsch statt.

dem neutralen Wort »Zusammenarbeit« (bzw. an einigen wenigen Stellen mit »Kooperation«) übersetzt, »collaborationisme« mit dem im Deutschen überwiegend moralisch wertenden Begriff »Kollaboration«, »collaborationiste« mit »Kollaborateur«, »collaboratrice« mit »kollaborationistisch« bzw. »Kollaborations-«. (Anm. d. Übers.)